



Niederschrift der 2. Schul- und Sozialausschusssitzung vom 16.09.2019

Ort: Neues Rathaus, Beratungsraum "Baunatal", Markt 7 A, 06526 Sangerhausen

Tag: 16.09.2019

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesenheit:

Liesong, Gesine	B.I.S.
Scholz, Holger	CDU
Wedekind, Frank	CDU (i. V. Herr Schmiedl)
Spröte, Karoline	DIE LINKE
Kotzur, Klaus	DIE LINKE
Wagner, Torsten	BOS/FDP/BV
Nothmann, Eberhard	SPD/DIE GRÜNEN (i.V. Frau Völkel)
Siefke, Ellen	AfD

Stadtrat

Hüttel, Holger DIE LINKE

Sachkundige Einwohner

Dietrich, Peter
Ostrowski, Uwe
Acker, Vico

Gäste:

Eberhardt, Daniel Stadtelternrat
Albrecht, Ilona Stadt seniorenrat

entschuldigt fehlten: Jung, Norbert
Völkel, Kati
Seifert, Silke
Rödiger, Antje

verspätet erschienen: -

vorzeitiges Verlassen: Wedekind, Frank
Acker, Vico

Stadtverwaltung: Herr Michael, FB 40
Herr Kruse - FD 10.2
Frau Rode - 40.8
Frau Jung - FB 40
Frau Strauch - Protokollantin

Tagungsleitung: Frau Spröte

Tagesordnung gemäß Einladung:

16.00 Uhr Treffpunkt Walkmühle

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift des 01. Schul- und Sozialausschusses**
- 4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 04. Ratssitzung am 26.09.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses
 - 4.1.1 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen
 - 4.1.2 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung
 - 4.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte
- 5. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 5.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 04. Ratssitzung am 26.09.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses
 - 5.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses, Frau Karoline Spröte, begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner, Gäste und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wurde festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist mit 9 Stadträten gegeben.

Zu 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Nachdem Frau Spröte den Ablaufplan vorgelesen hat, wurde durch Frau Liesong der Antrag gestellt, die Tagesordnung um die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen zu erweitern. Frau Spröte lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung:

Ja - Stimmen	=	9
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Somit lautet die geänderte Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift des 01. Schul- und Sozialausschusses**
- 4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 04. Ratssitzung am 26.09.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses

- 4.1.1 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen
- 4.1.2 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung
- 4.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen
- 4.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte
- 5. **Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 5.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 04. Ratssitzung am 26.09.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses
- 5.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Frau Siefke

sagt, dass seit voriger Woche in Obersdorf eine Baustelle ist. Seitdem wäre ganz Gonna vom öffentlichen Nahverkehr abgeschnitten. Sie sagt, dass viele ältere Bürger aus dem Ort sie schon privat anrufen, weil sie verzweifelt sind, da sie nun nicht mehr mobil sind, wenn sie z. B. zum Arzt müssen oder einkaufen wollen. Dieser Zustand ist so nicht tragbar und es muss eine Lösung gefunden werden. Es fahren wohl nur noch die Schulbusse, so auch *Herr Kotzur* und in den Ferien fahren dann gar keine Busse mehr. Die VGS lässt Anfragen gar nicht erst zu.

Herr Michael

sagt zu, dass er sich gemeinsam mit Frau Diebes erstmal an die VGS wenden wird, um zu hören, was überhaupt noch fährt.

Herr Nothmann

sagt, dass am morgigen Tag um 10 Uhr in der Feuerwehr Obersdorf eine Bauberatung stattfindet. Er hat mit dem Bauleiter Kontakt aufgenommen. Die Busse sind nicht das einzige Problem, es wurde vorige Woche Montag die Straße gesperrt und es ist eine Woche lang nichts passiert. Aber die Polizei hat dann auch noch abkassiert, obwohl eine Baustelle nicht ersichtlich war. Man hat auch schon Kontakt zur VGS aufgenommen, da die Schüler schlecht über die 13 Kurven fahren können. Es ist eine ganz enge Straße nach Pölsfeld raus. Wenn der erste schwere Unfall passiert, muss man sich was einfallen lassen. Die Einwohner haben sich beschwert und machen sich Gedanken, wie die schnelle Medizinische Hilfe durchkommt.

Herr Michael

wird sich auch über das Durchkommen der Rettungsdienste zu möglichen Einsätzen erkundigen.

Herr Hüttel

hätte gern zur Ratssitzung eine Information dazu. Es kann nicht angehen, dass 1 Woche gesperrt ist und dann noch abkassiert wird? Es steht dort nur ein Sperrschild.

Zu 3. Genehmigung von Niederschriften des Schul- und Sozialausschusses vom 19.08.2019

Abstimmung:

Ja - Stimmen	=	8
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	1

Zu 4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 04. Ratssitzung am 26.09.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses

4.1.1 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen

Herr Michael

stellt die Neufassung der Hauptsatzung vor und sagt, dass die Kommunalaufsicht in 3 Punkten die Hauptsatzung beanstandet hat. Er sagt, es handelt sich hierbei um rein redaktionelle Änderungen und erläutert diese.

Abstimmung:

Ja - Stimmen	=	9
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

4.1.2 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung

Herr Michael

die Kommunalaufsicht hat uns auf die o. g. Neuformulierung der Kostenbeitragssatzung hingewiesen. Die 1. Lesung hat einen maßgeblichen rechtlichen Grund. Wir wollen die Änderungsabsichten ihnen gegenüber zeitig genug bekanntmachen und nun in die Beteiligung der Kuratorien und des Stadtelternrates gehen, da dies im KiFöG verlangt wird. Die Stellungnahmen der einzelnen Kuratorien werden dann vom Stadtelternrat zusammengefasst und den Stadträten zur 2. Lesung vorgelegt.

Frau Liesong

fragt, warum erhöhen wir jetzt Gebühren, wenn es insgesamt immer wieder darum geht, die Tagesstätten frei von Gebühren zu machen? Für sie ist es vorseilender Gehorsam. Sie würde abwarten, wann man die Tagesstätten frei bekommt, dann brauchen wir gar keine Gebühren zu erhöhen.

Kann die Stadt dem Ministerium nicht wenigstens die Zinsen in Rechnung stellen, da jetzt mitgeteilt wurde, dass die Stadt nicht zeitgleich die Kostenrückerstattung vom Ministerium bekommt?

Herr Kotzur

hat den Eindruck, das ginge nur umgekehrt, nämlich wenn das das Land etwas zurück haben will. Er sagt, dass er sich generell schwer mit Erhöhungen von Kostenbeiträgen bei den Kita-Plätzen tut. Die Erhöhungen im Krippen-Bereich erscheinen ihm sehr hoch, wo doch schon länger über ein kostenfreies Jahr diskutiert wird. Parallel dazu werden wir genötigt, hier Gebührenanpassungen vorzunehmen, die keiner wirklich nachvollziehen kann. Diese Auseinanderdividierung von freiwilligen und pflichtigen Aufgaben, was die Trennung zwischen Finanzen und materieller Sicherstellung der Plätze herbei führt, hilft niemanden und rettet auch nicht den Haushalt sondern belastet nur die Eltern und dies ist eher kontraproduktiv.

Herr Michael

sagt, dass es in der Geschwisterkinderegelung so ist, dass nach Bezifferung des Anspruches das Geld vom Land erst ein Jahr später erstattet wird. Dieser Anspruch kann aber auch nur aus einer Satzung entspringen, die man mal beschlossen hat.

Herr Scholz

fragt, wie hoch das Defizit ist, wenn wir alles abrechnen, was wir erstattet bekommen. Im Haushaltsplan 2020 ist eine Summe von 3,6 Mio. € beschrieben und das ist unser Defizit, so Herr Michael.

Herr Hüttel

hat den Eindruck, dass man hier die demografische Entwicklung völlig außer Acht lässt. Wir haben eben nicht mehr Kinder, wie vor 2 bis 3 Jahren erhofft. Ihn würde interessieren, was ist eigentlich das Defizit und woher kommt es? Liegt es daran, dass jemand gesetzliche Bestimmungen erlässt ohne dass man entsprechend auch die Finanzen nach unten gibt? Er kann den Stadtelternrat nur bitten, nicht klein beizugeben.

Herr Nothmann

sagt, er hat 2 Enkel, deren Eltern keine Gebühren bezahlen müssen, diese wohnen aber in Rheinland Pfalz. Man muss alles tun, um es gerecht zu machen. Kinder sind nun mal unsere Zukunft.

Herr Wagner

sagt, dass es sicherlich so ist, dass wir in der Stadt Dinge beschließen müssen, um kostendeckend zu sein. Er möchte auch keine Erhöhung denn dies ist kein positives Signal für die Jugend und junge Eltern. Er fragt nach einer Statistik über die Zuschüsse vom Jugendamt für einkommensschwache Eltern, denn gerade diese Kinder benötigen einen Kita-Platz.

Frau Spröte

antwortet, dass es diese Statistik gibt, die wurde auch schon mal hier vorgestellt. Gerade die Kindertageseinrichtungen in den stärker frequentierten Wohngebieten, wie Kita "Fr. Fröbel" und John-Schehr-Straße, haben eine sehr hohe Übernahme von fast 50 %.

Frau Rode

wirft ein, dass die Übernahme nicht so hoch ist, da ca. 20 bis 25 % der Eltern vom Jugendamt die Kostenbeiträge erstattet bekommen. Alles, was unter einem bestimmten Einkommen liegt, übernimmt das Jugendamt, häufig sogar der ganze Kostenbeitrag. Die Antragstellung ist für die Eltern sehr aufwendig.

Herr Hüttel

gibt Herrn Wagner Recht. Verlierer sind die, die kurz über HARTZ-IV leben. Wir wissen, dass in dieser Gegend die Löhne nicht riesig steigen, so wie in der Bundesrepublik allgemein. Die, die über Sozialleistungen ihr Leben bestreiten müssen, haben nicht das Problem, das zahlt der Landkreis. So geht es nicht weiter. Aber gerade die, die wirklich jeden Tag auf Arbeit gehen und gerade so über die Runden kommen, die belasten wir wieder mal und dass sollten wir nicht zulassen.

Herr Kotzur

pflichtet Herrn Hüttel. Er ist auch der Meinung, dass immer nur die belastet werden, die sowieso an der Grenze leben. Für sie ist das Offenlegen ihrer Verhältnisse schwer und oftmals sehr herabwürdigend.

Herr Scholz

fragt, über wie viel wir reden, wenn wir nicht erhöhen.

Herr Michael

sagt, wir reden bei der zu einem Stichtag genau erreichten Anzahl von Betreuungsverträgen über 146 T€, die uns fehlen, wenn wir nicht erhöhen.

Herr Hüttel

fragt, wieviel davon vom Landkreis übernommen werden. Weil die zahlen wir ja dann über die Kreisumlage doppelt. Bekommen wir vom Landkreis eine bestimmte Summe? Nein, so Frau Rode, der Landkreis übernimmt dann direkt die Kosten.

Frau Spröte

sagt, so ein Übernahmevertrag gilt immer nur ein 1/2 Jahr. Also auch die Eltern, die diese Kostenerleichterung sich ermöglichen können, können das immer nur für 1/2 Jahr.

Herr Nothmann

fragt, ob die Kommunalaufsicht uns einen Strich durch die Rechnung machen kann, wenn wir nicht erhöhen. Sollte es nicht so sein, dann tendiert er dahin, dass wir lieber woanders sparen, als an unserer Zukunft.

Herr Michael

antwortet, dass es doch generell bei Gebühren so ist, wenn die Defizite steigen, dann müssen wir sie daran erinnern, dass wir in der Haushaltskonsolidierung sind. Die Kommunalaufsicht dringt darauf, dass wir als Stadt das Gesamtdefizit minimieren müssen.

Herr Scholz

glaubt, wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, haben wir dieses Problem nicht. Aber wenn wir alles ablehnen, dann bekommen wir im Haushalt ein Problem. Was machen wir dann mit den Friedhofsgebühren und mit den Verwaltungsgebühren?

Herr Michael

sagt, wir kriegen ein Haushaltsproblem, ob es nun die 146 T€ sind oder nicht. Es ist in der Haushaltsaufstellung argumentativ für den Produktbereich immer schwieriger Geld zu bekommen, wenn die Gebühr oder das Defizit immer weiter steigt.

Herr Nothmann

vor jeder Wahl, werden die Wähler gebeten, etwas für unsere Zukunft zu tun. Wir könnten jetzt die Chance ergreifen und sagen ja, aber auf Kosten der Friedhofssatzung. Da müssen wir uns einig werden, aber wir sollten bei unseren Kindern nicht sparen.

Herr Ostrowski

interessiert diese Grenze. Ab wann gibt es diese Ermäßigung? Ist das jetzt die HARTZ-IV-Grenze oder ist das der gesetzliche Selbstbehalt?

Frau Spröte

erwidert, dass es eine rein rechnerische Aufgabe ist, da verschiedene Kosten (Miete usw.) anerkannt werden und dann kommt es halt drauf an, was am Ende übrig bleibt.

Frau Rode

sagt, dass mit der Gesetzänderung zum 01.08., jeder der Wohngeld bezieht, automatisch die Kita-Beiträge erstattet bekommt.

Herr Michael

wir schauen natürlich auch ins Umfeld. Die Beiträge wollen wir nicht einfach so übernehmen, aber man schaut, wie machen die anderen die Beiträge und welche Leistung steckt so dahinter? Er unterstreicht nochmals, dass man auch mit z. B. 195 € in der Stadt Sangerhausen, trotz Unterhaltungstau in manchen Einrichtungen, eine hochwertige Leistung im Vergleich zu anderen Kommunen rundum bekommt.

Herr Hüttel

gibt Herrn Michael indirekt recht, aber sollte uns das nicht Ansporn sein, den Standard anzuheben bzw. Mittelstandard einrichten und dies wenn möglich äußerst günstig.

Herr Kotzur

möchte keine Diskussion darüber, dass man evtl. die Standards senkt und damit die Beiträge niedrig hält.

Herr Scholz

meint, dass man den Stadtelternrat und die Kuratorien vorher nochmal anhören sollte, da sie ja die Meinung der Eltern vertreten.

Frau Rode

erlebt ständig, wie es in den Kita's aussieht und wie arm wir an vielen Stellen sind. Es müssen immer Gelder da sein für bestimmte Ausstattungen und Verbrauchsmittel. Auch gibt es seit 01. 08. 2019 einen anderen Personalschlüssel, der zwar nur minimal verändert wurde, aber es sind trotzdem Kosten, die entstehen.

Herr Nothmann

betont, dass wir als Stadträte nur ein Zeichen setzen können, indem wir eine Empfehlung abgeben und die Erhöhung ablehnen. Er würde darüber gern abstimmen.

Herr Acker

stellt sich das schwierig vor. Es gibt viele Mütter, die nur 28 - 34 Stunden arbeiten, weil Vollzeit nicht möglich ist. Er meint, dass das Kindergeld gerade reicht, um den Platz zu bezahlen, aber es fehlt trotzdem noch an vielen Sachen.

Herr Michael

sagt, wir sind in vielen Haushaltspositionen zu knapp bemessen, jonglieren von Sachkonto zu Sachkonto Geld hin und her, aber es fehlt den Kindern trotzdem an nichts.

Herr Hüttel

fragt sich, wann ist denn da das letzte Mal neues Spiel- und Beschäftigungsmaterial in die Einrichtungen gekommen. Er versteht die Sachlage, dass man dieses Geld braucht, um Investitionen in den Einrichtungen zu tätigen. Da liegt das Problem. Hier sind aber Bund und Länder gefordert.

Herr Michael

beteuert, wir machen es uns nicht einfach und schieben es auf die Eltern. Wir arbeiten mit Gremien, wie dem Städte- und Gemeindebund und mit qualifizierten Fachleuten zusammen, die mit uns schon geklagt haben, welche die Probleme immer wieder dem Land zu arbeiten und haben dabei schon viel erreicht. Zum Beispiel kam heraus, dass die Kalkulation bezüglich der Zuschüsse beim Land falsch war, aber das ist ein Prozess, der sehr zäh und langwierig ist. Es werden immer wieder Papiere erstellt, die nachweisen, dass es sich hier um unauskömmliche Zuschüsse handelt.

Frau Spröte

fragt den Vorsitzenden vom Stadtelternrat nach der Zusammenarbeit mit dem Kreiselternrat und der Landeselternvertretung. Haben die ähnliche Probleme mit der Finanzierung, so wie wir das in unserer Kommune spüren?

Herr Eberhardt

antwortet, dass er zur Elternvertretung auf Kreisebene keinen Bezug hat, aber er hat einen relativ guten Draht zur Landeselternvertretung. Da könnte er sich erkundigen.

Gibt es da auch so Probleme mit der Übernahme der Kosten, fragt Frau Spröte? Also mit der Ausfinanzierung durch das Land und welche Platzkosten haben die in ihren Kommunen?

Herr Michael

erwidert, es gibt zumindest vom Städte- und Gemeindebund und Landkreis die gleiche Stellungnahme.

Herr Hüttel

möchte von Herrn Eberhardt wissen, ob man im Vorfeld mit dem Stadtelternrat gesprochen hat.

Herr Eberhardt

antwortet dazu, dass es am letzten Mittwoch Gespräche mit der Stadt gegeben hat. Frau Dr. Jeschke war auch anwesend. Wir haben dazu kein Statement (weder dafür noch dagegen) abgegeben. Er bittet der Vorlage erstmal nicht zuzustimmen, um dem Stadtelternrat noch etwas Zeit zu geben. Außerdem fragt er, wann die Kuratorien über die Erhöhung informiert werden.

Frau Rode

sagt dazu, dass am 14.10.2019 eine Anhörung stattfindet. Die Einladungen sind schon geschrieben.

Herr Michael

betont, wir wollen die Sache ruhig angehen und niemanden drängen. Dann werden die einzelnen Stellungnahmen zusammengefasst, damit wir für die 2. Lesung genügend Diskussionsstoff haben.

Frau Rode

sagt, es ist öffentlich gemacht worden und selbstverständlich können die Elternsprecher in den Einrichtungen mit den Eltern über die Problematik sprechen, seitens der Stadt ist das auch so gewollt. Am 14.10.2019 nehmen wir den Stadtelternrat und die Kuratorien hier zusammen und dann werden sie nochmal über den Werdegang informiert. Dann sind 14 Tage Zeit für die Stellungnahme des Stadtelternrates, bis Ende Oktober (28. oder 29.10.2019).

Herr Scholz

fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, diesen Vorschlag der Verwaltung in die Einladung an die Kuratorien rein zu schreiben, damit sie sich schon im Vorfeld damit beschäftigen können. Herr Michael bestätigt ihm, dass die Kuratorien den Vorschlag mit der Einladung erhalten.

Herr Hüttel

meint, die werden es aus der Zeitung erfahren und das ist für ihn kein demokratisches Miteinander. Warum geht die Verwaltung nicht vorher auf die Betroffenen zu?

Herr Michael

Das ist ein langwieriger Prozess. Wir haben erstmal nur einen Vorschlag gemacht, wo die Gebühren im Vergleich zu anderen Kommunen nur minimal erhöht sind, insbesondere auch im Hinblick auf das Gesamtdefizit. Der Vorschlag liegt in der 1. Lesung. Jetzt geht es raus an die Kuratorien und so ist im KiFöG auch letztlich grundsätzlich eine Beteiligung beschrieben. Die Aufgabe der Verwaltung ist es, zu zeigen, dass das Defizit steigt. So ist es nun mal in der Kommunalverfassung beschrieben.

Frau Rauhut

findet es richtig, dass die Verwaltung sagt, so müsste es sein.

Lt. Herrn Nothmann

Basiert dieser Vorschlag auf einer Kalkulation, welche von der Verwaltung erstellt wurde, dann kommt es zur Diskussion erstmal in die Ausschüsse, später in den Stadtrat und die, die davon betroffen sind, werden intensiv mit beteiligt, wie z. B. die Elternkuratorien und der Stadtelternrat. Das findet er gut, dass ist Demokratie. Er möchte darüber abstimmen, dass die Stadträte eine Empfehlung geben die Kita-Gebühren nicht zu erhöhen. Das hat noch keine Rechtswirkung.

Herr Michael

würde dann die Stadträte zu einer Antragsergänzung anregen wollen, dass diese auch ein Zeichen setzen und sagen, dass die Defizitsteigerung zumindest in einem geringfügigen Betrag ein Stückchen Anpassung finden soll.

Herr Kotzur

Wir sind in der 1. Lesung. Die Empfehlung, die wir hier evtl. beschließen, hat keinerlei Rechtswirkung und gibt auch dem Stadtelternrat und den Kuratorien keinerlei Handlungsrahmen. Er kann Herrn Michael verstehen, dass die Empfehlung dahin gehen soll, das Defizit möglichst nicht noch größer werden zu lassen. Das ist ja das Ziel und in der Endkonsequenz wird die 2. Lesung und die Beschlussfassung genau in diese Richtung laufen, so vermutet er. Wir sollten bei der Sachlichkeit bleiben.

Frau Spröte

möchte, dass der Antrag nochmal ordentlich formuliert wird. Sie möchte wissen, ob die Stadträte empfehlen, der Kostenerhöhung nicht zu zustimmen oder empfehlen sie das Defizit nicht auszubauen.

Herr Nothmann

formuliert den Antrag, den die Stadträte stellen wollen, nochmal wie folgt:

Wir empfehlen dieser Beitragserhöhung nicht zu zustimmen.

Abstimmung über den Antrag:

Ja - Stimmen	=	6
Nein - Stimmen	=	1
Stimmenthaltungen	=	2

Zu 4.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen

Herr Michael

erläutert die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen anhand der neuen Kalkulation, da Friedhofsgebühren zu den Gebühren im Kommunalabgabengesetz gehören, die kostendeckend erhoben werden sollen und begründet die Änderungen.

Frau Liesong

Wer betreibt die Friedhöfe?

Herr Michael

antwortet, dass die Grasmahd und saisonbedingte Pflege sowie die Entsorgung der Friedhofsabfälle nach Ausschreibung an private Dritte vergeben wurde. Das wird jetzt wieder neu ausgeschrieben.

Frau Liesong

hat noch eine Frage zur Synopse. Wir haben auf der linken Seite die alten Gebühren und auf der rechten Seite die neuen. Von wann ist die alte Gebühr, die wir ursprünglich hatten, aus welchem Jahr war diese Satzung und danach die, die schon mal angefasst wurde und jetzt haben wir die ganz neue. Die alte Satzung ist von 2010, so Frau Jung und die Gebühr neu ist eigentlich die Gebühr alt von 2016, also die aktuelle Gebühr.

Herr Wagner

sagt, dass es für das Sterben Versicherungen gibt, um die notwendigen Bestattungskosten abzusichern. Er würde sich unter der Voraussetzung, dass die Mehreinnahmen auch wirklich den Friedhöfen zu Gute kommen, damit anfreunden können. Womit er ein kleines Problem hat, weil es sehr emotional ist, sind die Sternenkinder. Es würde der Stadt nichts kosten, wenn man die Gebühr entweder gar nicht verändert oder sogar auf "0" setzt.

Herr Scholz

hat durch einen Trauerfall in der Familie gemerkt, wie wichtig für sehr viele Bürger der Friedhof als Ort der Trauer ist. Er gibt Herrn Michael insoweit Recht, dass wir dort einen erheblichen Nachholbedarf haben, weil wir immer sparen mussten. Er wird dieser Sache uneingeschränkt zustimmen, damit es sichtbare Verbesserungen auf allen Friedhöfen der Stadt Sangerhausen gibt und damit wir die Verstorbenen auf ihrem letzten Weg so ehrenhaft und so anständig, wie möglich begleiten können. Das ist seine persönliche Meinung.

Herr Nothmann

sagt, er war am Freitag in Obersdorf zu einer Beerdigung und hat sich direkt dafür geschämt (z. B. Spinnenweben), weil in der Trauerhalle nichts passiert. Außerdem ist er der Meinung, dass wenn die Gebühren steigen sollen, dass die Bestattungen in den öffentlichen Friedhöfen weniger werden, aus dem einfachen Grund, dass man schon andere Bestattungsformen angeboten bekommt, z. B. Friedwald.

Herr Kotzur

meint, es gibt umgangssprachlich 2 Visitenkarten einer Stadt bzw. eines Ortes, den Bahnhof und den Friedhof. Der Friedhof ist Ausdruck dafür, wie geht die Stadt bzw. wie gehen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit ihren verstorbenen Angehörigen um und welche Ehre erweisen sie ihnen. Es muss viel passieren auf den Friedhöfen der Stadt. Die Abwanderung in den Friedwald zeigt doch, dass Leute bereit sind, mehr für ihren letzten Weg auszugeben, indem sie einen teuren Baum kaufen. Nach dem deutschen Bestattungsgesetz geht es nur auf dem öffentlichen Friedhof und der muss auch ordentlich hergerichtet sein. Er kann auch mit einigen Steigerungen umgehen, ansonsten stimmt er Herrn Wagner in Bezug auf die Sternenkinder und Kinder bis 10 Jahre zu. Zumal wir lange keine Anpassungen gehabt haben.

18.35 Uhr

Herr Wedekind und Herr Acker
gehen = 8 Mitglieder

Frau Siefke

wäre es ein Anliegen, dass das Alter bei den Kindern noch ein bisschen erweitert würde, z. B. auf Jugendliche. Weil, selbst wenn man einen Jugendlichen zu Grabe tragen und dann diese Gebühren bezahlen muss, dass tut dann doppelt weh. Ansonsten kann sie mit allen mitgehen.

Herr Hüttel

meint, wir sehen doch anhand der demografischen Entwicklung, dass die Anzahl der Sterbefälle immer weiter zurückgeht, da die Bevölkerung immer weniger wird. Er ist auch der Meinung, dass die Gebühren deshalb in den nächsten Jahren auch exorbitant nach oben steigen werden und sagt, wir haben uns mit dem Friedwald eine eigene Konkurrenz geschaffen. Rein rechnerisch ist es so, dass die Stadt auch Geld für den Friedwald bekommt, welches man aber nicht gegen die Kalkulation rechnen kann. Es geht ja in den normalen Haushalt. Die Friedhofsgebühren werden also immer weiter steigen, aber die Flächen werden nicht kleiner.

Herr Michael

sagt, dass nicht alle Kosten vom Friedhof, gebührenfähig sind. Zum Beispiel sehen Sie auf Seite 9, dass von 508 T€ nur 365 T€ gebührenfähig sind. Daraus können sie erkennen, wie viel Flächen wir nur als Bestattungsflächen haben und wie wenig davon gebührenfähig sind. Die Bestattungsflächen sind gebührenfähig, grüne Parkflächen nur zu 30 % und Wege und Plätze. Das öffentliche Grün haben wir schon rausgenommen. Er gibt Herrn Hüttel Recht, in dem er sagt, dass die Flächen weiter verkleinert werden müssen.

Zum Thema mit der Konkurrenz erläutert er, dass der Friedwald zwar ein Friedhof ist, aber keine Gebühren hat, der Friedwald hat Preise. Der Friedwald ist kein kalkulierter Bereich, die Stadt ist da einen Vertrag eingegangen und aus diesem Vertrag entspringen Preise, die nicht zur Kostendämpfung der Gebühreneinheit "Friedhof" anzusetzen sind. Wir wissen, dass Leute, wenn wir den Friedwald hier in Sangerhausen nicht hätten, z.B. nach Wörlitz gehen würden. Denn Friedwald bedeutet, der Bürger will unter einem Baum im Wald und nicht unter dem Baum auf dem Friedhof beigesetzt werden. Das haben wir auch erst lernen müssen.

Lt. Herrn Hüttel

sind in Nordhausen Baumbestattungen auf dem Friedhof Teil der Friedhofssatzung. Er fragt, wie viel Einnahmen im Jahr haben wir durch den Friedwald? 90 T€, so Herr Michael, bei bisherigen Ausgaben von 17 - 18 T€. Die Friedhöfe müssen attraktiver werden, dann werden sie auch besser angenommen. Viele Dorffriedhöfe sind attraktiv, aber es geht nicht ohne Aufwendungen.

Frau Rauhut

fragt, ob man die Trauerhalle nehmen muss? Denn der Bestatter in ihrem Ort hat auch eine Trauerhalle, die er dann auch gern zur Verfügung stellt.

Herr Scholz

bestätigt, dass es auch in der Stadt eine private Trauerhalle gibt und die städtische wird ja trotzdem gebucht, weil es ja doch schon ein Qualitätsunterschied auch räumlich mit allem Drum und Dran ist.

Herr Nothmann

gibt Frau Rauhut Recht, wenn die Trauerhalle nicht benutzt wird, dann muss das raus aus der Berechnung. In der Praxis wird das auch so getätigt, bestätigt ihm Herr Michael.

Herr Kotzur

beantragt, dass die Gebühren für Kinder gestrichen werden.

Herr Michael

möchte nun genau wissen, ob wir auf die Steigerung verzichten und die alte Gebühr nehmen sollen. Bei den Kindergräbern geht es hauptsächlich um die Größe der Anlage.

Herr Hüttel

möchte hier ein Zeichen setzen. Ein Kind hat nun mal noch keine Sterbegeldversicherung. Wenn es sich nur um 1 Kind handelt, dann kann man auch auf diese 400 € verzichten. Darin sieht er auch einen Grund, die bisherigen 435 € nicht auf 500 € zu erhöhen, sondern die Gebühr auf "0" zu senken.

Herr Michael

würde insofern diesen Vorschlag sprechen und bittet die Stadträte, es dann bei der alten Gebühr zu belassen, weil diese ja bisher funktioniert hat.

Herr Wagner

macht einen Kompromissvorschlag. Die Kosten für Sternenkinder sollen 50 € und die für Kinderleichen bis 1,50 m auf 100 € festgeschrieben werden. Damit würde man ein Zeichen setzen.

Frau Spröte

formuliert den Antrag von Herrn Nothmann nochmals:

Die Kosten für Kinderleichen bis 1,50 m werden auf 100 € festgeschrieben und die Kosten für Sternenkinder betragen 50 €

Abstimmung zum Antrag:

Ja - Stimmen	=	6
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2

Frau Siefke

stellt einen erweiternden Antrag, indem es heißt, dass ein Kindergrab (bis 18 Jahre) ab 1,50 m mit 435 € und ein Kindergrab bis 1,50 m mit 100 € festgeschrieben wird.

Abstimmung zum Antrag von Frau Siefke:

Ja - Stimmen	=	1
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	7

Abstimmung zur vorliegenden Satzung mit dem Änderungsantrag:

Ja - Stimmen	=	6
Nein - Stimmen	=	1
Stimmenthaltungen	=	1

Zu 4.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Es gibt keine Informationen aus der Verwaltung.

Herr Hüttel

möchte den beantworteten Fragenkatalog zum Thema der nächsten Schul- und Sozialausschusssitzung machen.

Herr Ostrowski

hätte gern eine Arbeitsgruppe "Walkmühle" unter Mitwirkung von Vertretern der Verwaltung (z. B. Herrn Pittner) gegründet. Er würde auf Nachfrage auch selbst den Vorsitz übernehmen.

Nachdem Frau Spröte die Öffentlichkeit wieder hergestellt hat, war die Sitzung um 19.00 Uhr beendet.

gez. Birgit Strauch
Protokollführerin

gez. Karoline Spröte
Vorsitzende